

Fortsetzung von Seite 1

Spekulationen gegen den Sozialstaat

Steuer auf Transaktionen, statt Geschenke an Milliardäre

Doch auch bereits getroffene Maßnahmen müssen kritisch hinterfragt werden. Bezogen auf Griechenland etwa entpuppt sich das Rettungspaket in Teilen als ein Geschenkpaket für Banker und Milliardäre. So kann etwa der griechische Reeder Spiros Latsis, der zahlreiche Staatsanleihen seines Landes hält, dank Brüssel mit einem zusätzlichen Gewinn von rund anderthalb Milliarden Euro rechnen. Demgegenüber muss der griechische Staat in den nächsten Jahren etwa 30 Milliarden Euro einsparen. Gegen den entsprechenden Sparkurs ist es in dem Mittelmeerstaat jedoch bereits mehrfach zu Demonstrationen und Ausschreitungen gekommen, bei denen es auch Tote und Verletzte gab. Angesichts dieser Umstände wird deutlich, dass vom Eingreifen der Politik längst nicht mehr nur die Gesundung der Wirtschaft abhängt, es geht um die Glaubwürdigkeit und die Unabhängigkeit ganzer Demokratien.

In Deutschland ist die Lage bisher glücklicherweise weniger dramatisch. Gelingt es der Bundesregierung jedoch nicht, die entstandene Gerechtigkeitslücke zu schließen, droht der Politik ein weiterer Verlust an Glaubwürdigkeit. Schon jetzt ist der Umschwung von vollmundig versprochenen Steuererleichterungen hin zu einer möglichen Erhöhung der Abgaben kaum vermittelbar. Die Einführung einer Finanzmarktsteuer wäre vor diesem Hintergrund ein wichtiges Signal und brächte darüber hinaus zusätzliches Geld in die Steuerkasse.

SoVD: Spardebatte muss verantwortungsvoll geführt werden

Ohne zusätzliche Einnahmen bleibt der Bundesregierung zur Haushaltsanpassung nur ein rigider Sparkurs. Keine einfache Aufgabe. Einem Vorstoß von Bundesfinanzminister Schäuble, der einzelnen Ressorts konkrete Sparvorgaben gemacht hatte, haben sich die Bundesminister zunächst widersetzt. Doch welche Vorschläge liegen bisher überhaupt auf dem Tisch?

Hessens scheidender Ministerpräsident Roland Koch hat zusätzliche Ausgaben im Bildungsbereich infrage gestellt. Darüber hinaus kann sich Koch vorstellen, Gelder in der Arbeitsmarktpolitik zu kürzen sowie Subventionen für die Steinkohle und den öffentlichen Nahverkehr abzubauen. FDP-Generalsekretär Christian Lindner forderte unter anderem den Ausstieg aus dem Raketenabwehrsystem Meads, welches den Bund rund vier Milliarden Euro kosten soll. Darüber hinaus tritt seine Partei für einen umfassenden Subventionsabbau ein. Hierzu zählen jedoch auch die Steuerbefreiung der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie die Pendlerpauschale. Durch Kürzungen in diesem Bereich würde sich der Eindruck nur weiter verstärken, dass letztlich die Steuerzahler die Kosten der Krise tragen. Ein schlimmeres Signal wäre nur die ebenfalls diskutierte Erhöhung der Mehrwertsteuer. Anfang Juni will die Bundesregierung auf einer Kabinettsklausur klären, in welchen Bereichen gespart werden soll.

Vor diesem Hintergrund hat der SoVD das Signal der Kanzlerin begrüßt, nicht zulasten der Rentenkasse und der Arbeitslosen sparen zu wollen. Es kommt nach Überzeugung des Verbandes jetzt vor allem darauf an, die verantwortlichen Akteure am Finanzmarkt zur Rechenschaft zu ziehen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bezeichnete SoVD-Präsident Adolf Bauer als den falschen Weg. Bauer warnte vor Einsparungen, die auf Kosten kommender Generationen gehen. Ohne entsprechende Investitionen ist weder der Ausbau von Ganztagschulen, noch die bessere Förderung von Schulkindern möglich. Andernfalls bleibt betroffenen Familien nur der teure Nachhilfeunterricht, den sich jedoch allenfalls Besserverdienende leisten können.

Joachim Baars

Kommentar

Von dem britischen Premierminister Winston Churchill sind viele amüsante wie auch zutreffende Zitate überliefert. So soll er gesagt haben, er glaube keiner Statistik, die er nicht selbst gefälscht habe. Ob dieser Ausspruch nun tatsächlich von Churchill stammt oder nicht, sei dahingestellt, als zutreffend erweist er sich immer wieder. Als aktuelles Beispiel dient eine Langzeitstudie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu Gesundheitsschäden durch die Benutzung von Handys.

Nun würde niemand der WHO unterstellen, dass sie eine wissenschaftliche Studie fälscht, Zweifel an ihrer Aussagekraft sind jedoch in jedem Fall angebracht. Die Untersuchung kommt nämlich zu dem Ergebnis, dass es zwischen der Nutzung von Handy und der Erkrankung an einem Hirntumor keinen statistischen Zusammenhang gibt. Die Industrie hat diese Botschaft mit Freuden vernommen und gibt bezogen auf ihre Produkte Entwarnung: Handys können gefahrlos benutzt werden!

Dabei wird ein Zusatz der Studie jedoch übersehen, der darauf hinweist, dass für „extrem langes“

Telefonieren mit dem Handy weitere Untersuchungen nötig seien. Gerade hier liegt aber der „Hase im Pfeffer“, um ein Sprachbild zu bemühen, das mit Sicherheit nicht von Churchill stammt. Denn der vor zehn Jahren begonnenen Langzeitstudie lag die Annahme zugrunde, dass regelmäßige Nutzer allenfalls einmal pro Woche mobil telefonieren – ein Irrglaube, wie jeder weiß, der mit offenen Augen durchs Leben geht. Forscher gehen davon aus, dass heute durchschnittlich eine Stunde pro Tag am Handy gesprochen wird.

Hinzu kommt, dass junge Menschen unter 30, die medizinisch ein erhöhtes Tumorrisiko aufweisen, in der Studie überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Wer sich also gegenüber der Werbung der Handyhersteller ein gesundes Maß an Skepsis bewahrt hat, sollte den Gebrauch des Mobiltelefons aufs Nötigste beschränken. Und, um auf Churchill zurückzukommen, noch ein weiterer Rat: Halten Sie es nicht wie der von ihm beschriebene Raucher, der immer wieder von den Gefahren des Rauchens für die Gesundheit liest und deshalb damit aufhört – mit dem Lesen. job

Fragen und Antworten zur Finanzkrise

Was genau ist eine Schuldenbremse?

Wenn es um die internationalen Finanzmärkte geht, sind oftmals Begriffe im Spiel, mit denen man als Laie nur wenig anfangen kann. Damit Sie der Diskussion um Einsparungen und Steuererhöhungen dennoch folgen können, haben wir einige Fragen und Antworten zusammengestellt.

Was ist eine Schuldenbremse?

___Mit dieser Regelung soll die strukturelle, also von der Konjunktur unabhängige, staatliche Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beschränkt werden. Sie gilt erstmalig für das Haushaltsjahr 2011. Die Einhaltung eines ausgeglichenen Haushalts ist für den Bund ab 2016 zwingend vorgesehen, für die Länder ab 2020.

Wie funktionieren sogenannte Leerverkäufe?

___Mit Leerverkäufen spekuliert ein Anleger darauf, dass eine Aktie steigt oder fällt. Bei gedeckten Leerverkäufen leiht er sich die Aktie gegen Gebühr von einem Makler und verkauft sie. Fällt ihr Kurs bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Leihfrist der Papiere abgelaufen ist, macht der Spekulant einen Gewinn. Bei ungedeckten Leerverkäufen leiht sich der Spekulant die Aktie nicht einmal mehr vorher aus, er verkauft also lediglich die Zusage, das Papier zu liefern.

Diese Form des Handels wurde von der deutschen Bankenaufsicht verboten, wird aber an anderen Börsen weiter praktiziert.

Wo setzt dagegen eine Finanzaktivitätssteuer an?

___Hierbei wird nicht der Handel an sich, sondern der erzielte Gewinn besteuert. Der Internationale Währungsfonds hat darüber hinaus vorgeschlagen, ebenfalls eine Abgabe auf die Gehälter und Bonuszahlungen der Bankmanager zu erheben.

Wer würde eine Finanztransaktionssteuer zahlen?

___Die Steuer geht auf eine Idee des Wirtschaftswissenschaftlers James Tobin aus dem Jahr 1972 zurück. Eine entsprechende Abgabe von maximal 0,05 Prozent wäre für den Handel mit sämtlichen Produkten am Aktienmarkt zu entrichten und würde für Banken und Privatanleger gleichermaßen gelten. Würde die Steuer nur von einzelnen Ländern erhoben, könnten Spekulanten auf andere Handelsplätze ausweichen.

Wie groß ist die Gefahr einer erneuten Finanzkrise?

___Hierzu können selbst Experten keine genaue Aussage treffen. Man sollte jedoch keinesfalls in Panik verfallen. Wie wichtig ein entschlossenes Handeln der politisch Verantwortlichen ist, hat zuletzt die Situation in Griechenland gezeigt. Was eine Regulierung der Märkte angeht, so basiert die Macht der Spekulanten bisher vor allem auf der Uneinigkeit der Einzelstaaten untereinander.

Geht es bei der Bekämpfung der Krise gerecht zu?

___Nicht immer dürfte dieser Eindruck entstanden sein. Hier ist vor allem die Politik gefordert, ihre Maßnahmen den Menschen zu vermitteln. Der SoVD hat zuletzt die Forderung nach einer Abschaffung der Rentengarantie kritisiert. Eine Spardebatte muss nach Überzeugung des SoVD verantwortungsvoll geführt werden, damit sie nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft beiträgt. job

Mindestlohn in der Pflege kommt nach mühsamen Verhandlungen

Verbesserung für Pflegehilfskräfte

Nach mühsamen Verhandlungen wird es nun doch einen Mindestlohn in der Pflege geben. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will den von der Pflegekommission empfohlenen Mindestlohn verbindlich für die gesamte Branche verordnen. Die neue Regelung soll voraussichtlich zum 1. August in Kraft treten.

Von der Leyen folgt damit einem Beschluss der Pflegekommission. Das mit Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzte Gremium hatte sich Ende März nach langem Hin und Her auf einen Mindestlohn für die etwa 800 000 Mitarbeiter in Altenheimen und Pflegediensten geeinigt (wir berichteten). Pflegehilfskräfte erhalten demnach künftig mindestens 8,50 Euro in den alten Bundesländern und 7,50 Euro in den neuen Bundesländern.

Am 1. Januar 2012 und am 1. Juli 2013 soll der Mindestlohn um jeweils 25 Cent steigen. Die Regelung ist bis Ende 2014 befristet.

Zivildienstleistende und examinierte Altenpflegerinnen und -pfleger fallen nicht unter den Mindestlohn. Auch wer in einem privaten Haushalt eine Pflegekraft beschäftigt, muss keinen Mindestlohn zahlen. Doch wird erwartet, dass die nun gesetzlich vorgeschriebene Lohnuntergrenze auch Privatpersonen zwingen wird, Pflegenden höhe-

re Löhne zu zahlen.

Die Lohnuntergrenze in der Pflege bezeichneten Gewerkschaften und Sozialverbände als längst überfälligen Schritt. SoVD-Präsident Adolf Bauer hatte vor dem Hintergrund des andauernden Koalitionsstreites angemahnt: „Der Mindestlohn in der Pflege darf nicht in letzter Minute dem Koalitionsgerangel von Schwarz-Gelb zum Opfer fallen. Es ist längst überfällig, dass die rund 800 000 betroffenen Beschäftigten auf dem Weg zu einem gerechteren Lohn einen Schritt vorankommen. Voraussetzung dafür ist, dass der mühsam von der Pflegekommission ausgehandelte Zeitplan für die Einführung des Pflege-Mindestlohnes eingehalten wird.“

Pflegehilfskräfte helfen bedürftigen Menschen vor allem beim Essen, Waschen und Anziehen. Auch die Hilfe beim Spazierengehen gehört zu ihren Aufgabenbereichen. Da Teile der medizinischen Versorgung zu allen Tages- und Nachtzeiten ge-

währleistet sein müssen, wird von Kranken- und Altenpflegerinnen und -pflegern eine große Flexibilität verlangt. Sie sind laut Angaben des Statistischen Bundesamtes besonders stark von regelmäßiger oder gelegentlicher Abend- und Nachtarbeit (83,2 bzw. 59,1 Prozent in 2008) betroffen. Auch Samstagarbeit (86,1 Prozent) und Sonn- und/oder Feiertagsarbeit (84,3 Prozent) prägen das Berufsbild.

Derzeit sind in Deutschland etwa 2,25 Millionen Menschen pflegebedürftig. Nach aktuellen Prognosen wird sich diese Zahl in den nächsten 40 Jahren mehr als verdoppeln. Bis 2050 wird mit 4,4 Millionen Pflegebedürftigen gerechnet. Gleichzeitig werden dem Arbeitsmarkt weniger Menschen zur Verfügung stehen.

Für Pflegerinnen, Pfleger und Pflegehilfskräfte braucht es gute Argumente, um ihrem Job weiter nachzugehen. Denn auch künftig werden sie durch ihre aufopferungsvolle Tätigkeit nicht reich werden: Bei einer 40-Stunden-Woche kommen die Pflegehilfskräfte dann auf monatlich 1360 Euro Monatsverdienst im Westen und auf 1200 Euro im Osten. Ein Großteil der Pflegehilfskräfte ist dabei teilzeit- und geringfügig beschäftigt.

Der Mindestlohn ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Lohnrückereien und Stundensätze unter 4,50 Euro (und weniger) gehören damit der Vergangenheit an. Ein wichtiger Aspekt in diesem Kontext ist zudem: Der Mindestlohn ist auch für Anbieter aus dem europäischen Ausland verbindlich vorgeschrieben. Nach der Einführung des Mindestlohnes für Pflegehilfskräfte sollten auch die Arbeitsbedingungen für Pflegefachkräfte zeitnah verbessert werden. veo



Foto: Gina Sanders/fotolia

Für ihre Arbeit erhalten Pflegehilfskräfte künftig einen Mindestlohn.